dodis.ch/47541

MEMORANDUM

der Besprechung mit Mr. Eden betreffend den schweizerisch-deutschen Vertrag.

5. Mai 1943.

Der Schweiz wird heute der Vorwurf gemacht, sie gehe in ihren Lieferungen nach Deutschland zu weit. Es ist klar, dass jeder kriegführende Staat Lieferungen eines neutralen Staates an seinen Feind ungern sieht, dies besonders auch dann, wenn er selbst für sich keine entsprechenden Kompensationen von Seiten des neutralen Staates bekommt. Dies ist heute mit der Schweiz der Fall, sie liefert mehr nach Deutschland wie nach den alliierten Ländern. Vom politischen Standpunkt aus ist es aber von grossem Interesse zu wissen, ob diese Lieferungen von dem betreffenden neutralen Staate systematisch, aus eigenem Willen und eigenem Wunsche in einem derartigen Missverhältnis erfolgen. Hier möchte ich gleich von vorneherein feststellen, dass diese Voraussetzung, was die Schweiz anbelange, nicht zutrifft.

Zum Beweis hiefür muss ich in die Zeit zu Beginn des Krieges zurückgreifen. Gleich von Ausbruch des Krieges an hat die Schweiz unverhältnismässig mehr den Alliierten wie der Achse geliefert. In den ersten sechs Monaten betrugen die Totalexporte an die Achse 114 Millionen, an die Alliierten aber 302 Millionen. Davon waren Exporte wichtiger Kriegsmaterialien und Werkzeugmaschinen aus



der Schweiz nach den alliierten Ländern 265 Millionen Franken, nach den Achsenmächten nur 8 Millionen Franken. Damit ist der klare Beweis erbracht, dass die Schweiz die alliierten Lieferungswünsche aus eigenem Willen weitmöglichst zu befriedigen suchte.

Eine Aenderung in dieser Situation trat erst dann ein, als Deutschland in relativ kurzer Zeit einen europäischen Staat nach dem andern überwältigte und endlich auch Frankreich zusammenbrach. Von da an war die Schweiz in ihren Lieferungen nicht mehr frei, da die Deutschen die Kontrolle über die Zu- und Abfahrtswege hatten. Die Schweiz war somit plötzlich vor eine vollständig veränderte politische, militärische und wirtschaftliche Lage gestellt. Sie versuchte die politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bewahren, dies war aber zum Teil nur auf Kosten wirtschaftlicher Konzessionen möglich, die wir in solch ernsten und schwierigen Zeiten natürlich als die wenig wertvollsten betrachteten.

Die Folge dieser Ueberlegungen und des starken Druckes der siegreichen deutschen Grossmacht war der deutsch-schweizerische Wirtschaftsvertrag. Durch ihn sicherten wir soweit möglich die für uns wirtschaftlich notwendige Zu- und Ausfuhr nach den Alliierten. Der Vertrag steht nicht auf einer 50/50 Basis, weder für die Schweiz noch für die Alliierten. Wenn man aber die damaligen Machtverhältnisse zwischen der Schweiz und Deutschland in Betracht zieht, kann

man den Vertrag verstehen. Der Vertrag hat uns viel gekostet, aber er hat u.a. zwei wichtige Folgen gehabt: die Schweiz blieb politisch unabhängig und sie konnte demgemäss ihre wichtigen internationalen Aufgaben als neutraler Staat fortsetzen, Aufgaben, die weniger ihr selbst als vielmehr den kriegführenden Staaten zu Nutzen kamen. Daneben war eine sehr wichtige Folge dieses Vertrages, dass ein unabhängiger demokratischer Staat umgeben von Diktatorstaaten inmitten Europas bestehen blieb, und dass dort die demokratische Gedankenwelt einen zentral gelegenen freien Boden behielt. Dies war zweifellos von grosser politischer Bedeutung; von Nutzen, aber auch von Gefahr für die Schweiz, rein nur von Nutzen aber für alle übrigen demokratischen Staaten. Darüber hinaus resultierte aus diesem Vertrage für die Schweiz die Möglichkeit, genügend und unbedingt notwendige Rohprodukte zu erhalten für die sofortige Rekonstruktion der schweizerischen Befestigungen und Bewaffnungen, die in Anpassung an die neue Lage absolut notwendig war. Diese neuen Festungen sind nunmehr, dank dieses Vertrages, zu einem grossen Teil beendigt, doch brauchen wir auch heute noch für diese Zwecke viel Rohmaterial.

Die Schweiz hat sich durch die militärischen Ereignisse in Europa nicht überraschen lassen. Sie hat 1934 die gesamte Armee reorganisiert. Die Reorganisation war bei Ausbruch des Krieges durchgeführt, die Befestigungen fertiggestellt und die Armee entsprechend trainiert. Diese weitgreifenden sehr kostspieligen Veränderungen vor

dem Kriege waren zweifellos einer der Hauptgründe, weshalb die Alliierten bis zum Kriegseintritt Italiens ihre Stellungen im Süden gesichert fanden. Die bewaffnete Neutralität der Schweiz hat somit seinerzeit den Alliierten einen wichtigen Dienst erwiesen. Nach Frankreichs Zusammenbruch ergriffen wir wie vorgeschildert sofort die nötigen Massnahmen, um der neuen Situation zu begegnen, sodass die Schweiz auch heute wiederum, wenn auch in einer ganz andern Weise, den Alliierten von militärischem Nutzen ist. Ihre Armee deckt die wichtigsten Alpenübergänge. Es wäre zweifellos für Deutschland und Italien in der Vergangenheit, heute und in der Zukunft sehr wertvoll, über die best organisierten Alpenrouten zu verfügen. Dies ist aber dank der strikten bewaffneten Wahrung der Neutralität der Schweiz verhindert worden. Der Verkehr für Waffen, Munition oder Truppen durch die Schweiz ist verboten. Diese Politik der Schweiz, die sie in erster Linie ihrer Tradition gemäss und in ihrem eigenen Interesse zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit einnimmt, ist zweifelsohne auch für die Alliierten von grossem Nutzen. Wer weiss, ob die Schweiz nicht ohne Errichtung der gewaltigen neuen Festungen und Neubewaffnungen gestützt auf Rohmaterialien, die sie infolge des an sich sehr ungünstigen Vertrages mit Deutschland erlangte, heute eine so feste Position haben würde? Dies sind einige der politischen Gründe, die meiner Ansicht nach die alliierten Regierungen davon abhalten sollten, gegenüber der Schweiz wegen unserem alten Vertrag mit Deutschland und dessen Erfüllung, auch wenn er ihnen in manchen Beziehungen aus wohlverständlichen Gründen nicht genehm ist, neben den bestehenden neue Massnahmen zu ergreifen.

Dass wir des Ferneren, solange wir von den Achsenmächten umringt sind, auf einen gewissen wirtschaftlichen Verkehr mit diesen Staaten angewiesen sind, dürfte jedermann verständlich sein.

Nach dreimonatlichem vertragslosen Zustand in Abwehr gegen allzugrosse deutsche Ansprüche sind wir in Verhandlung wegen eines neuen Vertrages getreten. Die politische Lage hat sich zugunsten der Alliierten in der Zwischenzeit wesentlich geändert. Die Schweiz aber ist heute noch in einer ähnlichen Lage wie vorher, sie ist noch weiterhin von den Achsenmächten umgeben. Wir sind bestrebt, die Wege nach den Alliierten frei zu halten und auszudehnen, wir sind bestrebt, und in letzter Zeit mit Erfolg, den Handel mit den Alliierten auf Grund des Kompensationsabkommens zu erhöhen.

In den Verhandlungen versuchen wir ernstlich eine Reduktion der bisherigen Lieferungen an Deutschland in den Kriegsmaterialpositionen zu erreichen. Wir haben die britische Regierung entsprechend informiert, wir kämpfen in diesen Verhandlungen natürlich in erster Linie für unseren eigenen Bedarf, aber auch für vermehrten Export nach den alliierten und den neutralen Staaten. Die Verhandlungen sind noch in keiner Weise auch nur dem Abschluss nahe;

mein Bestreben geht dahin, Bern die Bedeutung der Reduktion der dem MEW unerwünschten Lieferungen klar zu machen, irgendetwas Positives bezüglich des Abschlusses des neuen Vertrages liegt noch gar nicht vor und so gebe ich denn der Hoffnung Ausdruck, dass die Alliierten vor Bekanntwerden positiver Momente vor weiteren Einschränkungen unserer Wirtschaft Umgang nehmen.

Die Schweiz hat in den kritischen Jahren 1940/42 unter äusserst schweren Bedingungen, denen vielleicht der eine oder andere Staat zum Opfer gefallen wäre, die politische, militärische, geistige Unabhängigkeit vollkommen behalten. Wenn sie wirtschaftlich vielleicht in den Augen der einen Kriegspartei zugunsten der andern etwas zu weit ging, so sollte man beim Abwägen des für und wider nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die drei obgenannten politischen, militärischen und moralischen Tatsachen in ihrem richtigen Gewicht in die Wage legen. Dann wird die Balance zum mindesten ausgeglichen.

Abschliessend resümiere ich unsere Wünsche wie folgt:

- 1. Gestattung der normalen Abwicklung des alten deutsch-schweizerischen Vertrages;
- 2. Keine Ergreifung britischer Massnahmen wegen des neuen Vertrages, solange diesbezüglich nichts Positives bekannt ist;
 - 3. Sofortige Gestattung desjenigen Minimalverkehrs, der uns un-

ter allen Umständen gewährt würde, dies um um ein Brachliegen der Schiffahrt, Verderben der Waren, etc. zu vermeiden.

Ja Chand ham.